

E 2001 (E) 1/261  
[DoDiS-1698]

*Der schweizerische Delegierte für die Rückführung von Schweizerbürgern,  
F. de Diesbach, an die Abteilung für Politische Angelegenheiten  
des Politischen Departements*

*S Vertraulich*

Berlin, 31. Juli 1946

Mit Schreiben vom 23. 7.<sup>1</sup> berichtete ich Ihnen über die letzte Entwicklung in der Frage einer schweizerischen Vertretung beim Kontrollrat<sup>2</sup> und fügte bei, dass ich versuchen werde, die Gründe der abermaligen Ablehnung seitens der Sowjet-Union abzuklären. Die Gelegenheit hierzu bot sich heute anlässlich eines Besuches beim französischen Botschafter de Saint Hardouin, politischem Berater von General Koenig, dem ich bisher noch nicht vorgestellt worden war und bei dem mich einzuführen einer seiner Mitarbeiter vor einiger Zeit sich anerbaten hatte.

Herr de Saint-Hardouin sagte mir, dass in der Tat vor einigen Tagen, zwar nicht, wie mir mitgeteilt worden war, im Kontrollrat, wohl aber im Koordinierungskomitee die Frage beraten wurde, ob zusätzlich zu den 16 bisher akkreditierten Militärmissionen noch weitere «diplomatische» Vertretungen beim Kontrollrat zugelassen werden sollen. Zwei Gruppen von Staaten hätten ihre dahingehenden Wünsche angemeldet: einerseits eine Anzahl Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, worunter die Türkei, und andererseits neutrale Länder, d. h. die Schweiz, Schweden und der Vatikan. Zum vornherein seien sich die westalliierten Vertreter im Koordinierungskomitee, die alle drei den schweizerischen Antrag befürworteten, bewusst gewesen, dass die Neutra-

---

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Zur Frage einer schweizerischen Vertretung beim AKR vgl. Nr. 62 in diesem Band. Vgl. ausserdem die Notiz von R. Bindschedler an A. Huber vom 8. November 1946, DoDiS-1741, sowie die Notiz von F. de Diesbach an das EPD vom 8. Februar 1946, DoDiS-1742. Vgl. auch E 2001 (E) 1/261.*



len nur dann berücksichtigt werden könnten, wenn über die Zulassung der in Frage stehenden Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen eine Einigung erzielt werden könne. Nun hätten sich aber die Russen geweigert, der Türkei das Vertretungsrecht einzuräumen und damit sei eigentlich auch schon der Antrag bezüglich der Neutralen präjudiziert gewesen. Dennoch sei er zur Beratung gelangt und interessanterweise habe die Opposition des sowjetischen Vertreters nicht mehr, wie noch vor einigen Monaten zwar nicht ausdrücklich, aber doch merklich, der Schweiz, sondern diesmal einzig dem Vatikan gegolten. Im übrigen habe der russische Delegierte die formell nicht unzutreffende Auffassung vertreten, dass im grundlegenden Beschluss über die Zulassung von Militärmissionen nur von den Alliierten und nicht von den Neutralen die Rede sei; es bestehe zunächst kein Anlass, vom Wortlaut dieser Entschliessung abzuweichen. Ich glaube, Herrn Botschafter de Saint-Hardouin richtig verstanden zu haben, wenn ich annehme, dass in der seit beinahe Jahresfrist zur Diskussion stehenden Vertretungsfrage zwar einmal mehr wegen der russischen Ablehnung keine Einigung erzielt werden konnte, dass aber der Entscheid noch nicht endgültig ist. Auf alle Fälle hat mir der Botschafter spontan gesagt, wenn die Angelegenheit schweizerischerseits gefördert werden wolle, es nun Sache der schweizerischen Vertretung in Moskau sei<sup>3</sup>, zu versuchen, die Sowjetregierung umzustimmen<sup>4</sup>.

---

3. *Die Vorstösse des schweizerischen Gesandten in Moskau sind nicht abgedruckt.*

4. *Randbemerkung F. Schnyders:* Informer le Ministre Flückiger en faisant suite à nos «instructions» du 11 juillet 1946 [siehe E 2001 (E) 3/1] et le prier d'essayer de marquer notre intérêt à une transformation de notre délégation à Berlin en une représentation officielle. Faire état à cette occasion des pourparlers rendu possible par cette délégation, entre une délégation commerciale suisse et les autorités russes à Berlin, pourparlers qui ont eu lieu ces derniers jours par lesquels une base a pu être créée pour les échanges de marchandises entre la Suisse et la zone russe. Pour maintenir et fortifier ces contacts les Russes auraient certainement le même intérêt que nous d'ouvrir une représentation officielle [...] établie à Berlin.